

## **Evaluation Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung – Teil II:**

**Verbesserung des Betreuungsschlüssels sowie  
Maßnahmenpaket zur Stärkung des Ehrenamtes**



# Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b>1. Einleitung</b>   | <b>4</b>  |
| <b>2. Aktuelle Situation</b>   | <b>5</b>  |
| <b>3. Zahlen &amp; Daten</b>   | <b>6</b>  |
| <b>4. Ziele im Zusammenhang mit den Mindeststandards</b>                 | <b>8</b>  |
| <b>5. Maßnahmenpaket Mindeststandards</b>                                |           |
| <b>5.1. Verbesserung des Betreuungsschlüssels in großen Unterkünften</b> | <b>9</b>  |
| 5.1.1. Beschreibung der Maßnahme   |           |
| 5.1.2. Entwicklung   |           |
| 5.1.3. Wirkung der Maßnahme  |           |
| 5.1.4. Konsequenz  |           |
| <b>5.2. Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes</b>                        |           |
| <b>5.2.1. Finanzierung von Stellen in großen Einrichtungen</b>           | <b>11</b> |
| 5.2.1.1 Beschreibung der Maßnahme  |           |
| 5.2.1.2 Entwicklung  |           |
| 5.2.1.3 Wirkung der Maßnahme   |           |
| 5.2.1.4 Konsequenz   |           |
| <b>5.2.2. Neue Koordinationsstellen in den Bürgerämtern</b>              | <b>13</b> |
| 5.2.2.1 Beschreibung der Maßnahme  |           |
| 5.2.2.2 Entwicklung  |           |
| 5.2.2.3 Wirkung der Maßnahme   |           |
| 5.2.2.4 Konsequenz   |           |
| <b>5.2.3 Neue Koordinationsstellen bei Trägern</b>                       | <b>17</b> |
| 5.2.3.1 Beschreibung der Maßnahme  |           |
| 5.2.3.2 Entwicklung  |           |
| 5.2.3.3 Wirkung der Maßnahme   |           |
| 5.2.3.4 Konsequenz   |           |
| <b>5.2.4. Unterstützung durch Wiku-Plattform</b>                         | <b>21</b> |
| 5.2.4.1 Beschreibung der Maßnahme  |           |
| 5.2.4.2 Entwicklung  |           |
| 5.2.4.3 Wirkung der Maßnahme   |           |
| 5.2.4.4 Konsequenz   |           |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>5.2.5. Administrative Unterstützung der Willkommensinitiativen</b> | <b>24</b> |
| 5.2.5.1 Beschreibung der Maßnahme                                     |           |
| 5.2.5.2 Entwicklung   |           |
| 5.2.5.3 Wirkung der Maßnahme  |           |
| 5.2.5.4 Konsequenz  |           |
| <b>6. Fazit und Ausblick</b>  | <b>26</b> |

Im Text wird die grammatikalisch männliche oder weibliche Form verwendet, gemeint sind aber alle drei Geschlechter (weiblich / männlich und divers).

## 1. Einleitung

Auf Anregung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen wurden in 2003 Kölner Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erarbeitet, die der Rat der Stadt Köln im Jahr 2004 als Auftrag und Grundlage städtischen Handelns beschlossen hat. Dies mit der Erkenntnis, dass in Zeiten großen Handlungsdrucks von den Leitlinien abgewichen werden können muss, mit der Notwendigkeit, mittelfristig zur Umsetzung der verabschiedeten Leitlinien zurückzukehren.

Im Jahr 2015 stieg die Zahl von Geflüchteten, die in Köln untergebracht und betreut wurden, sprunghaft an. In dieser Zeit wurden vermehrt Willkommensinitiativen gegründet. Es entstanden Partnerschaften zwischen Ehrenamtlichen und Geflüchteten. Viele Projekte, z.B. bei der Kölner Freiwilligen Agentur, wurden initiiert, um Hilfe strukturiert anbieten zu können. Aber auch viele, nicht in Initiativen organisierte Privatpersonen unterstützten die in Köln ankommenden Menschen tatkräftig.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2015 sowie in 2016 mussten Turnhallen und zunehmend auch Leichtbauhallen als Gemeinschaftsunterkünfte genutzt werden. Bei diesen Formen der Unterbringung mussten die Bewohnerinnen und Bewohner weitgehend auf Privatsphäre verzichten, konnten sich nicht selbst verpflegen und mussten für mehrere Monate bis zu einem Jahr unter sehr schwierigen Bedingungen ihren Alltag gestalten. Diese für die Menschen extrem ungünstige Art der Unterbringung sowie die Notwendigkeit, die Turnhallen wieder für Schul- und Vereinszwecke zurückzugeben, veranlasste Politik und Verwaltung zum Handeln.

Auf Initiative des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen wurden unter Mitwirkung der Kirchen, des Kölner Flüchtlingsrates sowie Vertreterinnen und Vertretern der freien Träger in einer Arbeitsgruppe Mindeststandards entwickelt, die in eine Ratsvorlage mündeten: Der im Juli 2017 gefasste Ratsbeschluss zu den Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung (Session Nr. 0541/2017/1) stellt eine Ergänzung der im Jahr 2004 verabschiedeten Kölner Leitlinien dar und setzt verbindliche Qualitätsstandards bei der Betreuung und der medizinischen Versorgung der Geflüchteten und der Stärkung des Ehrenamtes.

Ende des Jahres 2017 wurde der Politik ein weiteres Strategiepapier zur Kenntnis gegeben: Die Verwaltung stellte ein „zukunfts- und bedarfsorientiertes Ressourcenmanagement für schutzsuchende Menschen“ (Session: Nr. 3217/2017) vor, mit dem Ziel, eine verbesserte Unterbringungsqualität sowie Reserveplätze zu schaffen, damit bei einer künftig erneut stark ansteigenden Anzahl geflüchteter Menschen, nicht unmittelbar wieder auf Turnhallen und Leichtbauhallen zurückgegriffen werden muss.

## **2. Aktuelle Situation**

Ab der zweiten Jahreshälfte 2016 und in 2017 war ein sich abzeichnender Trend rückläufiger Unterbringungszahlen von Geflüchteten erkennbar.

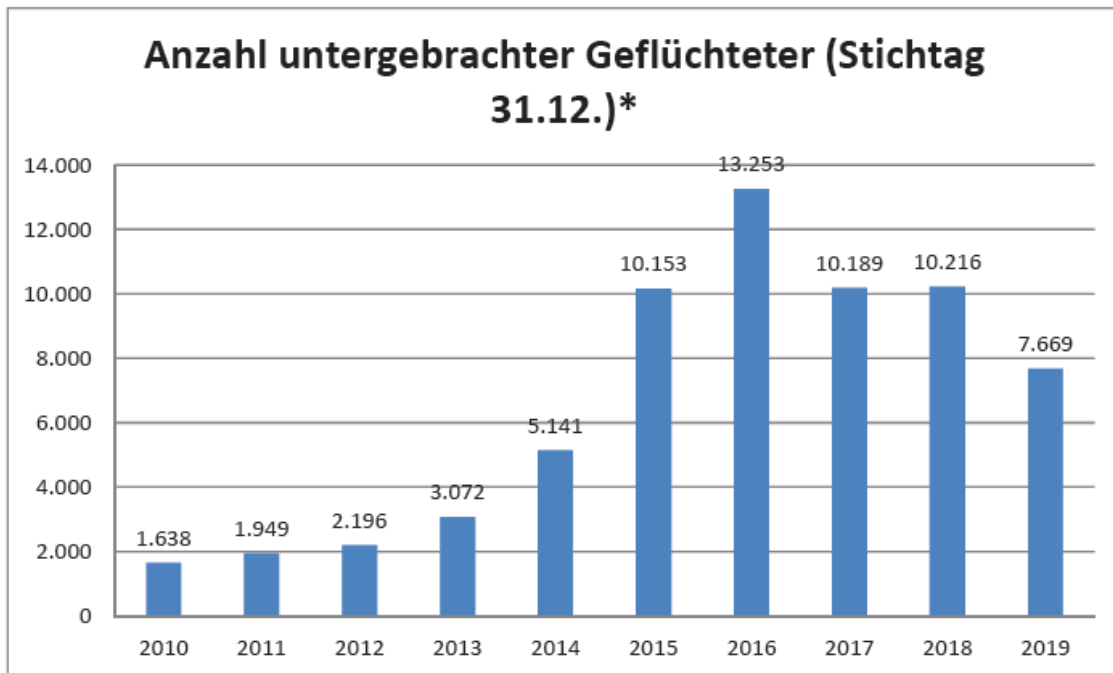
Auch in 2018 und 2019 setzte sich dieser Trend fort (Stand 30.06.2019: 7.669 Geflüchtete). Parallel zu dieser Entwicklung wurde Ende 2017 das o.g. bedarfsorientierte Ressourcenmanagement konzipiert, welches u.a. vorsieht, dass Geflüchtete zunehmend in abgeschlossenen Unterbringungseinheiten mit mehr Privatsphäre untergebracht und Turnhallen/Leichtbauhallen mit Gemeinschaftsverpflegung, die für die Unterbringung von Geflüchteten nicht mehr erforderlich sind, geschlossen werden. Zum Ende des Jahres 2019 wird als große Notaufnahmeeinrichtung nur noch die Herkulesstraße mit einer maximalen Platzzahl von 600 Bewohnern weiter betrieben.

Die rückläufige Entwicklung der Unterbringungszahlen und die Veränderung der Unterbringungssituation (veränderter Unterbringungsmix) wirken sich auch auf die ehrenamtlich besetzten Willkommensinitiativen (Wikos) aus. Es besteht auf der einen Seite bei beabsichtigten Schließungen, z.B. Hotel Mado, die Gefahr, dass ehrenamtliche Ressourcen zumindest temporär brachliegen oder gefestigte ehrenamtliche Strukturen schlimmstenfalls auch endgültig wegbrechen (z.B. Wikos in Ostheim und Blumenberg). Durch den Bau bzw. die Inbetriebnahme neuer Unterkünfte entsteht auf der anderen Seite aber auch wieder neues Ehrenamtpotenzial (z.B. neue Wikos in Zollstock und Raderberg/Raderthal). Die Einsatzfelder der Ehrenamtler haben sich seit 2015/2016 bis heute verändert. Die Phase des Ankommens der Geflüchteten wird gemeinsam mit allen Akteuren durch verbesserte Rahmenbedingungen gut bewerkstelligt. Hoher Unterstützungsbedarf besteht inzwischen bei Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Wohnen und berufliche (Aus-)Bildung. Ehrenamtler entwickeln zu diesen Themen zunehmend eine Expertise und sind nicht nur für die Geflüchteten, sondern auch für die Verwaltung gefragte Helfer/Kooperationspartner, z.B. die Wohnungsgruppe der Wiko Nippes.

Die Zahl der freiwilligen Helfer ist seit einigen Jahren stark rückläufig. Der Bedarf an ehrenamtlichen Unterstützungen nimmt aber trotz sinkender Unterbringungszahlen keinesfalls ab. Für viele der in den letzten Jahren in privaten Wohnraum gezogene oder in Ausbildung befindliche Geflüchtete ist die Unterstützung durch die Ehrenamtler, z.B. beim Ausfüllen von Formularen oder bei der Vorbereitung auf Prüfungen, sehr hilfreich.

### 3. Zahlen & Daten

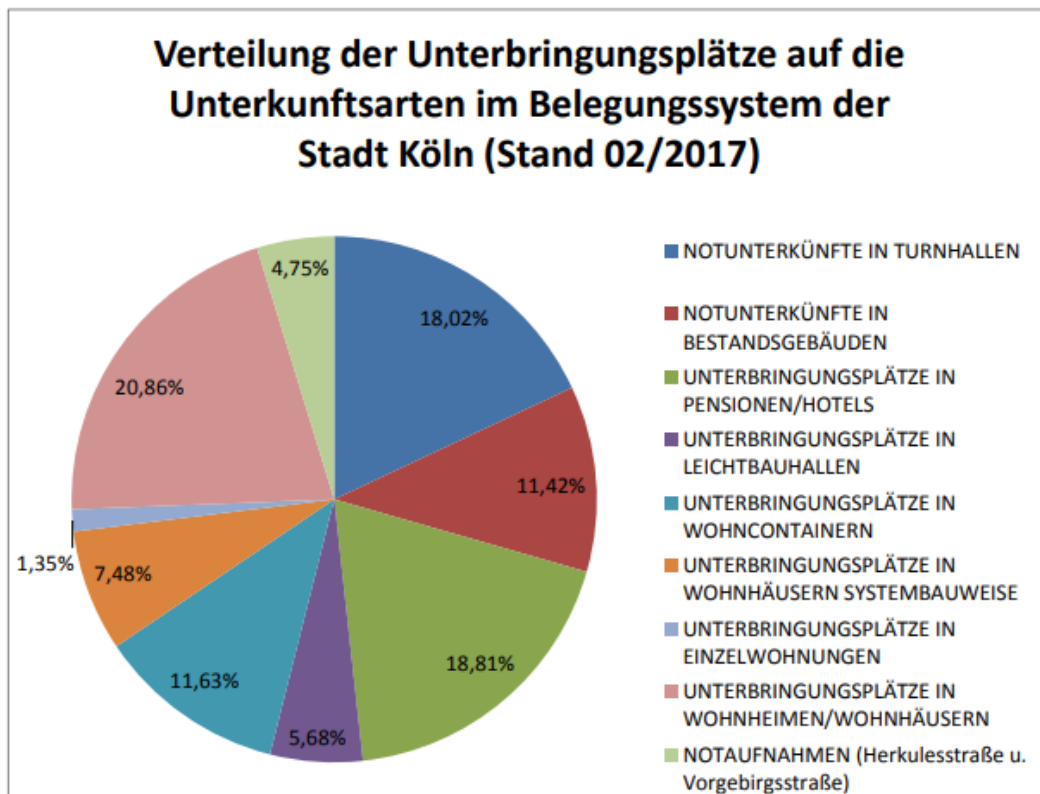
Entwicklung der Unterbringungszahlen von 2010 – 2019:



\* Stand 30.06.2019

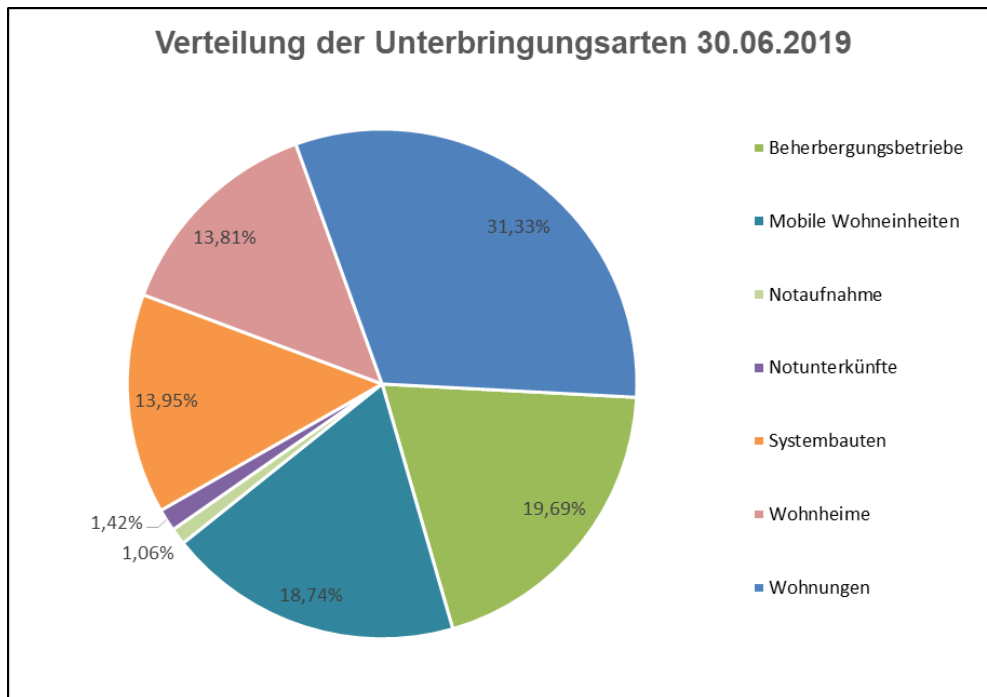
(Quelle: 25. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln des Amtes für Wohnungswesen Stadt Köln)

Verteilung der Unterbringungsplätze nach Unterbringungsarten in 2017:



(Quelle: 13. Bericht über aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen des Amtes für Wohnungswesen Stadt Köln)

## Verteilung der Unterbringungsplätze nach Unterbringungsarten in 2019:



(Quelle: Eigene Darstellung des Amtes für Wohnungswesen Stadt Köln; Stand 30.06.2019)

Die Graphik oben auf Seite 6 stellt die seit 2016 rückläufige Entwicklung der Anzahl der unterzubringenden geflüchteten Menschen (2016: 13.253, 2019: 7.669) zum jeweiligen Stichtag dar.

Die Gegenüberstellung der beiden Graphiken zur Verteilung der Unterbringungsarten aus den Jahren 2017 und 2019 auf den Seiten 6 und 7 zeigt die deutliche Reduzierung der Notaufnahme- und Notunterkunftsplätze.

So wurden im Februar 2017 noch ca. 5.000 Menschen in Notaufnahmen und Notunterkünften untergebracht (40 % von 12.513\* Geflüchteten). Im Juni 2019 dagegen nur noch ca. 190 (2,5 % von 7.669 Geflüchteten).

\*) Quelle: 13. Bericht über aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen des Amtes für Wohnungswesen Stadt Köln, Graphik aus 02/2017.

Wie hat sich seit 2015 die Anzahl der ehrenamtlich Aktiven entwickelt?

In einer im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durch das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten Studie heißt es: „Rund 55 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren haben seit 2015 Hilfe für Geflüchtete geleistet, sei es durch Geld- und Sachspenden, öffentliche Fürsprache oder aktive Hilfen. Derzeit (Stand November 2017) sind noch 19 Prozent als aktive Helfer, Spender oder Unterstützer aktiv.“ Die bundesweite Entwicklung spiegelt auch das Bild in Köln. Insgesamt hat die Anzahl der Freiwilligen innerhalb und außerhalb der Willkommensinitiativen deutlich abgenommen, wenn auch zur genauen Anzahl der ehrenamtlich Aktiven die privat oder in den derzeit ca. 40 aktiven Willkommensinitiativen (von einst ca. 55) noch im Einsatz sind, keine belastbare Aussage getroffen werden kann.

#### **4. Ziele im Zusammenhang mit den Mindeststandards**

Der im Juli 2017 gefasste Ratsbeschluss zu den Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung (Session Nr. 0541/2017/1) stellt eine Ergänzung der im Jahr 2004 verabschiedeten Kölner Leitlinien dar und setzt verbindliche Standards bei der Betreuung und medizinischen Versorgung von Geflüchteten und bei der Stärkung des Ehrenamtes.

##### **Ziele:**

- 1) Dauerhafte Qualitätssicherung bei der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten durch variable Personalschlüssel, damit einhergehend mehr Handlungssicherheit und Flexibilität für Verwaltung und Träger.**
- 2) Stärkung und wirkungsvolle Unterstützung des ehrenamtlichen ...Engagements in der Flüchtlingsarbeit zur Förderung der Integration und Überführung der Menschen in die Regelsysteme.**

Die nachfolgenden Kapitel 5 und 6 beschreiben die Maßnahmen zur Erreichung der o.g. Ziele, zeigen die Entwicklungen seit dem Ratsbeschluss der Mindeststandards bis heute auf, geben Auskunft über die Wirkung der Maßnahmen sowie die daraus abgeleiteten Konsequenzen.



## **5. Maßnahmenpaket Mindeststandards**

### **5.1. Verbesserung des Betreuungsschlüssels in großen Unterkünften**

#### **5.1.1. Beschreibung der Maßnahme**

Die Verwaltung wurde in der Ratssitzung am 20.12.2016 beauftragt, insb. in den belegten Turn- und Leichtbauhallen und Standorten mit „Kojenunterbringung“ und Gemeinschaftsverpflegung den Betreuungsschlüssel 1:60 umzusetzen, um den dort herrschenden schwierigen Unterbringungsbedingungen Rechnung zu tragen.

Die Ratsvorlage Mindeststandards aus Juli 2017 (0544/2017/1) führt aus, dass in allen betroffenen Einrichtungen (Luzerner Weg, Hardtgenbuscher Kirchweg und Butzweiler Hof als Leichtbauhallenstandorte und die Standorte Friedrich-Naumann-Straße, Mathias-Brüggen-Straße, Robert-Perthel-Straße und Ostlandstraße) der Schlüssel von 1:60 bereits umgesetzt bzw. sogar teilweise unterschritten wurde (temporär z.B. 1:41). Gründe für die zum Teil erheblich personalintensivere Betreuung waren insbesondere Einsatzzeiten an Samstagen oder an Wochentagen bis 21./22.00 Uhr.

Für alle anderen Einrichtungen zur Unterbringung von Geflüchteten wurde grundsätzlich an der Beibehaltung des in den Leitlinien der Kölner Flüchtlingsunterbringung aufgestellten Betreuungsschlüssels von 1:80 festgehalten.

#### **5.1.2. Entwicklung**

Seit Beschluss der Mindeststandards konnten die meisten von der Regelung (verbesserter Betreuungsschlüssel) betroffenen Einrichtungen zwischenzeitlich im Sinne des bedarfsorientierten Ressourcenmanagements leergezogen werden. In 2018 wurde das Ziel, alle Standorte mit Kojenunterbringung leerzuziehen, erreicht. Zum Jahreswechsel 2018/2019 stieg die Zahl der Unterbringungsersuchen unerlaubt eingereister Personen allerdings sprunghaft an. In Folge dessen wurden die als Reserve vorgehaltenen Notunterkünfte Butzweilerhofallee, Hardtgenbuscher Kirchweg, Mathias-Brüggen-Straße und Robert-Perthel-Straße wieder in Betrieb genommen. Nach Absinken der Zahlen unerlaubt Eingereister konnten die Standorte zu Jahresbeginn aber bereits wieder geschlossen werden. Die Aktivierung der Reserve erfolgte reibungslos. Die soziale Betreuung wurde durch beauftragte Träger und den Sozialen Dienst des Amtes für Wohnungswesen erfolgreich sichergestellt.

#### **5.1.3. Wirkung der Maßnahme**

Wie bereits in der Vorlage Mindeststandards ausgeführt, würde eine weitere festlegende Differenzierung aufgrund von speziellen Bewohnerkonstellationen mit besonderen Betreuungsbedarfen bei den systemimmanenten häufigen Bewohnerwechseln zu einer ständigen Anpassungsnotwendigkeit des Personalbedarfs führen und wäre in der Praxis nicht umsetzbar. Um realitätsnah mit dieser Problemstellung umgehen zu können, muss sowohl bei den von Trägern wie auch bei den vom Amt für Wohnungswesen betreuten Einrichtungen flexibel reagiert

werden können. Dies bedeutet, dass eine fachlich begründete Erhöhung des Personaleinsatzes in den Einrichtungen möglich sein muss (so auch bereits im Ratsbeschluss vom 11.07.2017 als Option eröffnet). Diese Feststellungen haben weiterhin Gültigkeit. Der verbesserte Betreuungsschlüssel hat sich in den dafür vorgesehenen Einrichtungen bewährt, insbesondere durch seine deeskalierende Wirkung. Dies gilt besonders für Standorte mit erhöhtem Konfliktpotential (z.B. aufgrund der geringen Privatsphäre an Standorten mit Kojenunterbringung).

#### **5.1.4. Konsequenz**

Fachkräfte der Sozialen Arbeit sind sowohl für Geflüchtete als auch für Anwohner wichtige Ansprechpartner vor Ort. Dies trägt zur Akzeptanz und Integration der Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete in der Nachbarschaft bei. Es sollte daher auch möglich bleiben, bei Inanspruchnahme der Reserveplätze in Leichtbauhallen und vergleichbaren Notunterkünften einen höheren Betreuungsschlüssel anzusetzen. Ebenfalls für Standorte mit hohem Betreuungsbedarf, der sich aus der Zusammensetzung der Bewohnerschaft ergeben kann, ist es empfehlenswert, auf entsprechende Betreuungskapazitäten zurückgreifen zu können.

## **5.2. Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes**

Unter Beteiligung von Ehrenamt, Trägern und Vereinen wurden zur Vorbereitung der Ratsvorlage Mindeststandards folgende Handlungsfelder identifiziert, die mit Blick auf die Stärkung des Ehrenamtes untersucht wurden:

- Zugang zu Informationen für das Ehrenamt,
- Schulungen, Fortbildungen und Supervision für das Ehrenamt,
- Beratung des Ehrenamtes ( z. B. zu Finanzierungsmöglichkeiten),
- Interne Koordination, Organisation der Initiativen,
- Externe Koordination /Ansprechpartner für das Ehrenamt,
- Einbeziehung Geflüchteter in die ehrenamtliche Arbeit,
- Rolle/Wertschätzung des Ehrenamtes,
- Werbung zur Gewinnung neuer Ehrenamtler,
- Optimierung der Geschäftsprozesse in der Verwaltung.

Angelehnt an diese Handlungsfelder wurden unter o.g. Beteiligung wirksame, eng an den Bedarfen orientierte Vorschläge erarbeitet, die in die Beschlussvorlage des Rates zu den Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung (Session 0544/2017/1) als ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung des Ehrenamtes eingeflossen sind:

## **5.2.1. Finanzierung von Stellen in großen Einrichtungen**

### **5.2.1.1. Beschreibung der Maßnahme:**

Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs ehrenamtlicher Koordinierungsaufgaben in Einrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf (Lage, Größe, Belegung) wurden insgesamt 4 Stellen an folgenden Standorten finanziert:

- Hardtgenbuscher Kirchweg (0,5)
- Luzerner Weg (0,5)
- Butzweiler Hof (0,5)
- Herkulesstraße (0,5)
- Ringstraße (0,5)
- Mathias-Brüggen-Straße (0,25)
- An den Gelenkbogenhallen (0,25)
- Hermann-Heinrich-Gossen-Straße und Max-Planck-Straße (0,25)
- Friedrich-Naumann-Straße (0,25)
- Wilhelm-Schreiber-Straße (0,25 ab Bezug)
- Eygelshovener Straße (0,25)

Durch die Einrichtung der vorgenannten Stellen sollten die in den Einrichtungen tätigen Sozialarbeiter/innen entlastet werden. Aufgabe dieser Koordinator/innen war es ebenfalls, den Kontakt zwischen den betreuten Flüchtlingen und den betreuenden Ehrenamtlern zu sichern.

### **5.2.1.2. Entwicklung**

Bereits mit Ratsvorlage Nr. 3499/2017 wurde im Dezember 2017 eine teilweise Neuordnung der zugewetzten Ressourcen erreicht, um den ersten strukturellen Änderungen (geplante – und mittlerweile durchgeführte – Schließung der Unterkünfte Hardtgenbuscher Kirchweg, Luzerner Weg, Butzweiler Hof, Ringstraße, Mathias-Brüggen-Straße und Friedrich-Naumann-Straße; neu geplante Unterkünfte Josef-Broicher-Straße, Schlagbaumsweg, Aloys-Boecker-Straße, Haferkamp, Sinnersdorfer Straße und Neusser Landstraße) Rechnung zu tragen. Aufgrund der Dynamik von Bauvorhaben und als Reaktion auf schwankende Zugangszahlen Geflüchteter haben sich folgende Änderungen ergeben:

Der Standort Sinnersdorfer Straße wird in 2019 nicht mehr bezugsfertig. Der Standort Wilhelm-Schreiber-Straße wird voraussichtlich kleiner als ursprünglich geplant und nicht vor 2020 fertiggestellt werden. Der Standort Eygelshovener Straße wird im September 2019 geschlossen, der Standort Ringstraße läuft zum Ende des Jahres 2019 aus.

### **5.2.1.3 Wirkung der Maßnahme:**

Die Besetzung der zusätzlichen Stellen der Ehrenamtskoordinatoren bei den verschiedenen Betreuungsträgern erfolgte unterschiedlich: entweder als direkter Aufgabenanteil nach Stellenausweitung bei den Heimleitungen vor Ort oder standortübergreifend mit Einsatz in mehreren der benannten Objekte in enger Kooperation mit den Heimleitungen. In beiden Fällen hat sich die enge Verknüpfung

zwischen der Arbeit der Heimleitungen und der Unterstützung des Ehrenamtes bewährt. Unterstützungsbedarfe der Geflüchteten in den Heimen und die Angebote und Möglichkeiten der Ehrenamtlichen konnten durch die zusätzliche Personalressource zielführender abgestimmt werden. Die Situation und die Bedarfe in den Wohnheimen konnten dementsprechend den ehrenamtlich Tätigen gut vermittelt werden.

Insbesondere an größeren, dezentral gelegenen Standorten sowie an Standorten mit hoher Fluktuation der Bewohnerschaft, ist die Gewinnung von engagierten Bürgern eine Herausforderung. Durch die örtlich angebundene Ehrenamtskoordinatoren kann hier zumindest in geringem Rahmen eine Unterstützung der Geflüchteten durch das Ehrenamt erreicht werden. Die hier tätigen Ehrenamtlichen benötigen in besonderem Maße Wertschätzung und damit Motivation für ihr Engagement sowie direkten Zugang zu Informationen und Ansprechpartnern.

Die ursprünglich vorgesehene Koordinationsstelle für die Wilhelm-Schreiber-Straße (ab Bezug) wird nicht mehr benötigt, da die Einrichtung aktuell neu und kleiner geplant wird und damit nicht mehr zu den Einrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf auf Grund von Lage, Größe und Belegung zählt.

#### **5.2.1.4 Konsequenz**

Im Jahr 2020 sind daher folgende, in den beiden Ratsbeschlüssen (0544/2017/1 und 3499/2017) bereits berücksichtigte Stellenanteile für die Koordination des Ehrenamtes vor Ort vorgesehen:

- Herkulesstraße (0,5 Stelle)
- An den Gelenkbogenhallen (0,25 Stelle)
- Hermann-Heinrich-Gossen-Straße und Max-Planck-Straße (0,25 Stelle)
- Josef-Broicher-Straße (0,5 Stelle)
- Schlagbaumsweg (0,5 Stellen)
- Aloys-Boecker-Straße (0,25 Stelle)
- Haferkamp (0,5 Stellen)
- Neusser Landstraße / Föhlingen (0,25 Stelle)
- Sinnersdorfer Straße (0,25 Stelle ab Bezug)

Damit hat sich der Stellenbedarf für das Jahr 2020 von 4 auf 3,25 Stellen reduziert. Sollte durch Veränderungen im Ressourcenbestand eine nochmalige Umverteilung der in der Ratsvorlage beschlossenen Stellenverteilung nötig sein, wird diese zu gegebener Zeit in den politischen Gremien vorgestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt.

Es wird empfohlen, die Ressourcen für die ehrenamtlichen Koordinierungsaufgaben in den oben aufgeführten neun Einrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs beizubehalten.

## 5.2.2. Neue Koordinationsstellen in den Bürgerämtern

### 5.2.2.1. Beschreibung der Maßnahme

Die Bürgerämter erfüllen den Ratsauftrag aus September 2015, die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit und die Integration von Geflüchteten in den Stadtbezirken zu unterstützen. Es brauchte jedoch verbindliche Standards, konkrete Ansprechpartner und eine bessere Koordination von Ehrenamt in den Bezirken. Somit wurden 9 x 0,5 Stellen, pro Bürgeramt 1 x 0,5 Stelle BGr. A 10 LBesG NRW /bzw. EG 9c TVöD VKA über den Beschluss Mindeststandards zugesetzt.

Die Aufgabenstellung sollte im Wesentlichen sein:

- Beratung zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen bei der Aufgabewahrnehmung (z.B. Raumressourcen),
- zentrale Anlaufstelle im Bezirk für das Thema Ehrenamt/Flüchtlinge (Bindeglied zu Stadtverwaltung),
- Geschäftsführung für im Bezirk vorhandene Arbeitsgruppen, Runder Tisch etc.,
- finanztechnische Abwicklung Sachkosten administrative Unterstützung Willkommensinitiativen.

### 5.2.2.2 Entwicklung

Um die Wirkung der Maßnahme bewerten zu können, ist das chronologische Aufzeigen der wichtigsten Entwicklungsschritte seit dem Ratsbeschluss zu den Mindeststandards im Juli 2017 bis heute erforderlich:

#### - ab Januar 2018:

Ausschreibung und Besetzung der Bürgeramtsstellen. Seit Anbeginn besteht eine hohe Fluktuation. Aktuell vakant sind die Stellen in den Bürgerämtern Mülheim und Ehrenfeld.

#### - ab Mai 2018

Einrichtung und Durchführung von Arbeitskreisen mit den Koordinatoren, dem Amt für Integration und Vielfalt sowie dem Ehrenamt.

Laufend alle 3 Monate und bei Bedarf tagt ein Arbeitskreis „Standortübergreifende Unterstützung ehrenamtlicher Geflüchtetenarbeit“ unter Teilnahme der Koordinatorinnen in den Bürgerämtern, Vertreter der Bürgeramtsleitungen, der bezirklichen Kräfte bei den freien Trägern, des AK Politik der Willkommensinitiativen, des Forums für Willkommenskultur, des AK Muslimische Flüchtlingsarbeit, der Aktion Neue Nachbarn und Vertreter aus dem Amt für Integration und Vielfalt (Kommunales Integrationszentrum und Interkultureller Dienst), welches die Federführung hat. Ergänzend treffen sich nun regelmäßig die Koordinationskräfte der Bürgerämter und Träger (bezirklich und stadtweit) im Rahmen des neu gegründeten Arbeitskreises AK 9plus. Aus diesen Arbeitskreisen heraus haben sich Projektgruppen wie z.B. die AG Öffentlichkeitsarbeit gebildet. Zudem wurde u.a. die Veranstaltung „Engagier Dich“ am 09.04.19 entwickelt und durchgeführt.

#### - Juni 2018:

1. Fachtagung Mindeststandards mit ca. 100 Teilnehmenden  
Am 20.06.2018 fand eine Konferenz zum Thema „Stärkung ehrenamtlicher Geflüchtetenarbeit“ statt, in der vor allem die neuen Strukturen im Rahmen der Mindeststandards vorgestellt und (bezirkliche) Bedarfe festgestellt wurden.

#### - Juli 2019

2. Fachtagung Mindeststandards mit rd. 120 Teilnehmenden  
Am 03.07.2019 fand die Folgeveranstaltung vom 20.06.2018 statt. Die neuen Strukturen, die im Vorjahr vorgestellt wurden, sind inzwischen in den Stadtbezirken verankert. Die Koordinationskräfte haben, von temporären Vakanz abgesehen, flächendeckend ihre Arbeit aufnehmen können.

Fokus der diesjährigen Veranstaltung war, über kritische Fragestellungen an 9 Bezirkstischen zu eruieren, ob die von den Koordinatorinnen geleistete Arbeit den Bedarfen des Ehrenamtes gerecht werden konnte. Neben den 9 Tischen der Bezirke gab es einen Tisch für übergeordnete Themen, an dem Vertreter vom Forum für Willkommenskultur, des AK muslimische Flüchtlingsarbeit sowie der Wiku-Plattform für einen kritischen Austausch zur Verfügung standen.

#### **5.2.2.3 Wirkung der Maßnahme**

Die aus der Fachveranstaltung vom 03.07.2019 gewonnenen Erkenntnisse sind maßgeblich in die Bewertung der Wirkung der Maßnahme eingeflossen.

An den Bezirkstischen wurden folgende Fragestellungen intensiv diskutiert:

- „Welche Strukturen und Angebote haben sich aus Ihrer Sicht etabliert?“
- „Hat sich etwas für Ihre Initiative durch die standortübergreifenden Angebote aus den Mindeststandards verbessert und wodurch?“
- „Welche Notwendigkeit zur Veränderung der Angebote sehen Sie?“

#### Grundsätzlich **positive** Bewertungen aus der Veranstaltung am 03.07.2019

An den Bezirkstischen wurden mit sehr großer Übereinstimmung folgende positive Rückmeldungen gegeben:

- Als regelmäßige Austauschplattform für die Akteure vor Ort haben sich inzwischen in allen Stadtbezirken Runde Tische etabliert.
- Die Möglichkeit, die Ehrenamtskoordinatorinnen anzusprechen und Unterstützung und Hilfestellung, z.B. bei Recherchen, zu erhalten, wird vom Ehrenamt sehr geschätzt; gesprochen wurde auch von „Hürden“, die den Ehrenamtlichen genommen wurden. Man ziehe nun an einem Strang.
- Die Kommunikation und der Informationsfluss in und aus der Verwaltung haben sich deutlich verbessert.
- Initiativen wertschätzen das Interesse der Koordinatorinnen an ihren Themen.

- Ansprechpartnerinnen haben sich als Brücke zwischen Ehrenamt und Verwaltung/Hauptamt etabliert, der kürzere Draht zur Stadtverwaltung durch die Ansprechpartner/innen wird positiv wahrgenommen.

Ganz konkret wurden an einigen Bezirkstischen auch die folgenden Einsatzbeispiele der Koordinatorinnen positiv erwähnt:

- Erfolgreiche Begleitung und Unterstützung bei der Gründung einer neuen Initiative im Bezirk Rodenkirchen (Zollstock)
- Begleitung bei der Abwicklung eines von der Wiko Braunsfeld durchgeführten Stadtverschönerungsprojektes im Bezirk Lindenthal.
- Fester Austausch mit Initiativen im „Stand By Modus“, die bei akutem Bedarf schnell aktivierbar sind (so bei Öffnung von Notunterkünften im vergangenen Winter zur Aufnahme von unerlaubt Eingereisten) in Nippes.
- Anknüpfen an einem bestehenden Netzwerk durch die Übernahme des „AK Interkulturelles“ in Chorweiler.
- Einrichtung eines Runden Tisches mit großer Resonanz, Beteiligung und Tatkraft im Bezirk Porz.
- Vermittlung in einem vom Ehrenamt begleiteten problematischen Verwaltungsprozess sowie die erfolgreiche Unterstützung bei der Organisation eines Sommerfestes im Bezirk Kalk.
- Eruierung und Bündelung von Bedarfen nach Schwimmunterricht für Kindern mit Fluchtgeschichte in Mülheim.

### Kritische Bewertungen aus der Veranstaltung am 03.07.2019

An den Bezirkstischen wurden mit sehr großer Übereinstimmung mit Blick auf die Stellen in den Bürgerämtern folgende kritische Rückmeldungen gegeben:

- Die Angebote des Interkulturellen Dienstes (z.B. das Projekt „Übergänge gestalten“) sind den Ehrenamtlern nicht in jedem Bezirk bekannt.
- Die neuen Strukturen, insbesondere die genauen Aufgaben der Koordinatorinnen sind den Ehrenamtlern nicht in allen Bezirken bekannt.
- Das Ehrenamt fühlt sich bei Raumbedarfen nicht ausreichend unterstützt.
- In Verbindung mit Umzügen fehlt es dem Ehrenamt in manchen Bezirken an Informationen und Unterstützung.

Die kritischen Bewertungen aus der Fachveranstaltung sind aus Sicht der Verwaltung nachvollziehbar. Die Aufgaben der Bürgeramtsstellen wurden in den einzelnen Bezirken mangels einer einheitlichen Rahmensetzung sehr unterschiedlich wahrgenommen – bis hin zur Übernahme von Aufgaben, die anderen Verwaltungsdienststellen oder Trägern zugeordnet sind.

#### **5.2.2.4 Konsequenz**

Die sich seit 2017 rückläufig entwickelnden Tendenzen bei der Anzahl der in den städtischen Einrichtungen unterzubringenden Geflüchteten wirft die Frage auf, ob in Zukunft weiterhin in jedem Bürgeramt eine halbe Stelle zur Stärkung des Ehrenamtes

angegliedert sein muss. Zumal nach wie vor eine hohe Fluktuation bei den Koordinationsstellen in den Bürgerämtern zu verzeichnen ist.

Allgemein geäußerte sowie ganz konkrete Wünsche aus verschiedenen Bezirken zeigen, dass es noch einige offene Bedarfe gibt, bei denen die Ansprechpartnerinnen aus den Bürgerämtern koordinierend tätig sein sollten, um die Verwaltung bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und das Ehrenamt wirkungsvoll zu unterstützen, z.B. bei der:

- Entwicklung von Methoden um der Überforderung der schon länger tätigen und „ausgelaugten“ Ehrenamtler zu begegnen,
- Schaffung von Transparenz in Bezug auf vorhandene Netzwerke und Strukturen im jeweiligen Bezirk,
- Entwicklung und Bereitstellung digitaler Angebotsplattformen (Beispiel Köln Atlas),
- Optimierung der Informationsvermittlung an das Ehrenamt, z.B. Bündelung der Rundbriefe und Newsletter von verschiedenen Trägern,
- Wissensvermittlung über die diversen Möglichkeiten des Ankommens im Viertel (zum Beispiel über den IKD),
- Einbeziehung der Geflüchteten in die ehrenamtliche Arbeit,
- Interkulturellen Öffnung der Behörden,
- Sicherstellung wichtiger Informationen zu aktuellen und neuen Entwicklungen (z.B. bei Wechseln der Zuständigkeiten beim Amt für Wohnungswesen)
- Aktualisierung von (Mail-)Verteilern, damit wirklich alle in der Flüchtlingsarbeit tätigen Vereine, Initiativen und Einrichtungen notwendige Informationen erhalten.

Der o.g. Katalog macht deutlich, dass das Ehrenamt auf der einen Seite der Unterstützung durch die Bürgeramtsstellen einen hohen Stellenwert beimisst, auf der anderen Seite aber Erwartungen formuliert, die von den Aufgabeninhalten dieser Stellen nicht gedeckt werden können bzw. anders zugeordnet sind.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die 9 halben Stellen bei den Bürgerämtern ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Verwaltung und Ehrenamt darstellen und sie die Konzeption und Umsetzung neuer bezirksorientierter Projekte und Angebote in den Themenfeldern Vernetzung, Beratung und Information wirkungsvoll unterstützen. Es wird empfohlen, die Stellen weiterhin vollumfänglich beizubehalten, um die derzeit wachsenden und sich stetig weiter etablierenden Strukturen nicht zu gefährden und das Ehrenamt vor Ort in den Stadtbezirken weiter zu stärken. Die Verwaltung wird die aufgezeigten Nachsteuerungsbedarfe (Entwicklung der Aufgabeninhalte, Abgrenzungsproblematiken) aufgreifen. Da der Einsatz der Koordinatorinnen oftmals in den Abendstunden und an Wochenenden erfolgt, wäre die Prüfung etwaiger verbesserter Rahmenbedingungen, um der Gefahr der Fluktuation entgegenzuwirken, ratsam. Zudem müsste bei den Personalauswahlgesprächen deutlich auf die besonderen Anforderungen der Stellen hingewiesen



werden. Die Anbindung der Kräfte bei den Bürgerämtern wird insbesondere dann als zielführend wahrgenommen, wenn die Bürgeramtsleitungen ihren Ratsauftrag aus September 2015, die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit und die Integration von Geflüchteten in den Stadtbezirken zu unterstützen, in besonderer Weise wahrnehmen. Die Verwaltung wird sich künftig intern dazu weiter abstimmen.

### **5.2.3. Neue Koordinationsstellen bei Trägern**

#### **5.2.3.1 Beschreibung der Maßnahme**

Um Steuerungs- und Koordinationsbedarfe für alle Unterbringungseinrichtungen in den Stadtbezirken zu decken, wurden durch die Mindeststandards 9 x 0,5 Stellen finanziert, angebunden bei freien Trägern, KABE-Mitgliedern, dem Forum für Willkommenskultur und dem AK muslimische Flüchtlingsarbeit.

Folgende Aufgaben sollten beispielsweise wahrgenommen werden:

- Vermittlung bei Konflikten zwischen Ehrenamt und Hauptamt in einzelnen Einrichtungen,
- Unterstützung der Einrichtungen bei Maßnahmen und Aktivitäten, um Ungleichgewichte ehrenamtlichen Engagements in den Stadtbezirken auszugleichen.

Das detaillierte Aufgabenprofil sollte zwischen Verwaltung und Trägern vor Beauftragung des Trägers abgestimmt werden. Wichtig war dabei, welcher Aufgabenzuschnitt mit Blick auf das Ehrenamt die größte Wirkung erzielt, d.h. welcher Träger oder Trägerverbund kann das beschriebene Aufgabenprofil am besten erfüllen und soll die Aufgabe deshalb übernehmen.

#### **5.2.3.2 Entwicklung**

Verwaltung und Träger haben sich am 20.12.2017 auf folgende ergänzende Aufgabenprofile geeinigt:

##### Träger bezirklich:

- Akquise von Ehrenamtlichen für den und im jeweiligen Bezirk
- Lotsendienste/Vermittlung von Ehrenamtlichen in Unterkunft und standortabhängige Angebote
- Initiierung von (neuen) Kooperationen, Orten und Netzwerken
- Teilnahme an und ggf. Ausrichten von Arbeitskreisen/Runden Tischen im Bezirk in Absprache mit den Bürgerämtern
- Herstellen von Transparenz der bezirklichen Strukturen für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit gemeinsam mit Bürgerämtern, Interkulturellem Dienst und KI
- Herstellen einer Übersicht zu bezirklichen Bedarfen der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit und diese laufend bezirklich und überbezirklich kommunizieren

### Träger stadtweit:

#### a) Forum für Willkommenskultur:

- Anregung zur Gründung von Willkommensinitiativen
- Beratung zur Neugründung von Initiativen
- die Unterstützung einzelner Ehrenamtlicher
- Vernetzung stadtteilbezogener und stadtweiter Willkommensinitiativen
- Qualifizierungsangebote u.a. zu Flucht, Behörden- und Beratungsstrukturen und zu Ehrenamtlicher Arbeit
- Akquise und Vermittlung Ehrenamtlicher
- Reflexionsangebote
- Angebote zur Wertschätzung von Ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit

#### b) AK Muslimische Flüchtlingsarbeit:

- Vernetzung der Mitglieds- Vereine des AK
- Informationen an die Mitglieds- Vereine zu bezirklichen und stadtweiten Strukturen, Unterstützungsmöglichkeiten für die Mitglieder, Bedarfen und Ressourcen muslimischer und nichtmuslimischer Akteure

Um die Maßnahme sowie ihre Wirkung bewerten zu können, ist das chronologische Aufzeigen der wichtigsten Entwicklungsschritte seit dem Ratsbeschluss zu den Mindeststandards im Juli 2017 bis heute erforderlich:

#### - Dezember 2017:

Abstimmung der Aufgabenprofile mit Trägern, KABE-Mitgliedern, dem Forum für Willkommenskultur und dem AK muslimische Flüchtlingsarbeit, Ergebnis s.o.

#### - ab Januar 2018:

Beauftragung Träger/Finanzierung Trägerstellen, Besetzung der Stellen durch die Träger und bei den Trägern

#### - ab Mai 2018

Einrichtung und Durchführung von Arbeitskreisen mit den Koordinatoren, dem Amt für Integration und Vielfalt sowie dem Ehrenamt.

Laufend alle 3 Monate und bei Bedarf tagt ein Arbeitskreis „Standortübergreifende Unterstützung ehrenamtlicher Geflüchtetenarbeit“ unter Teilnahme der Koordinatorinnen in den Bürgerämtern, Vertreter der Bürgeramtsleitungen, der bezirklichen Kräfte bei den freien Trägern, des AK Politik der Willkommensinitiativen, des Forums für Willkommenskultur, des AK Muslimische Flüchtlingsarbeit, der Aktion Neue Nachbarn und Vertreter aus dem Amt für Integration und Vielfalt (Kommunales Integrationszentrum und Interkultureller Dienst), welches die Federführung hat. Ergänzend treffen sich nun regelmäßig die Koordinationskräfte der Bürgerämter und Träger (bezirklich und stadtweit) im Rahmen des neu gegründeten Arbeitskreises AK 9plus. Aus diesen Arbeitskreisen heraus haben sich Projektgruppen wie z.B. die AG Öffentlichkeitsarbeit gebildet. Zudem wurde u.a. die Veranstaltung „Engagier Dich“ am 09.04.19 entwickelt und durchgeführt.

- Juni 2018:

1. Fachtagung Mindeststandards, s. unter 5.2.2.2

- Dezember 2018:

Rat beschließt zwei zusätzliche halbe Stellen zur Stärkung der Bezirke Innenstadt und Ehrenfeld (s. Session 3841/2018).

Mit den beschlossenen 4,5 Stellen sowohl alle 9 Stadtbezirke abzudecken als auch 2 Träger/Zusammenschlüsse stadtweit einzusetzen, war nur möglich, weil die beiden Bürgerzentren Alte Feuerwache und Ehrenfeld ihre durch Landesmittel finanzierten Stellen aus dem Programm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ für die städtischen Aufgaben im Rahmen der Mindeststandards eingesetzt haben. Zum 31.12.2018 endete die Landesförderung. Um die Kontinuität der ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit in den Stadtbezirken Innenstadt und Ehrenfeld zu sichern, war wie in den anderen 7 Stadtbezirken je eine 0,5 Stelle, angebunden bei den Bürgerzentren Alte Feuerwache und Ehrenfeld, erforderlich.

- Juli 2019

2. Fachtagung Mindeststandards, s. unter 5.2.2.2

### **5.2.3.3. Wirkung der Maßnahme**

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Trägerkoordinationsstellen sind, wie bei den Koordinationsstellen in den Bürgerämtern, die Erkenntnisse aus der Fachtagung vom 03.07.2019 maßgeblich in die Evaluation eingeflossen. Durch den Austausch mit den Akteuren wurde auch hier deutlich, welche Strukturen und Angebote sich durch die Mindeststandards etabliert haben, ob und wodurch sich etwas verbessert hat und welche Bedarfe noch offen sind.

Träger bezirklich:

Die in 5.2.2.3 zu den Bürgeramtsstellen aufgeführten, sowohl positiven als auch kritischen Bewertungen aus der Veranstaltung am 03.07.2019 gelten grundsätzlich auch für die bei den Trägern angebotenen Koordinationsstellen.

Die darüber hinaus angesprochenen Kritikpunkte:

- große Flut an Informationen aus zu vielen Quellen, z.B. per E-Mail, Rundbriefen oder Newslettern,
- erschwerte Betreuung der Geflüchteten durch seit einigen Jahren rückläufige Zahl der ehrenamtlich Aktiven,

tangieren vornehmlich die Trägerstellen, da bspw. die Erstellung von Infopost oder die Akquise von Ehrenamtler eher diesen Koordinationskräften zuzuordnen sind.

In der Praxis agieren die Koordinatorinnen der Träger und Bürgerämter häufig als schlagkräftiges Duo. Sie stimmen sich eng miteinander ab, um situativ und konkret an den Bedarfen der Ehrenamtler ausgerichtet, agieren zu können. Ein Beleg dafür sind die unter 5.2.2.3 genannten, positiven Praxisbeispiele aus einigen Bezirken. Auch die Möglichkeit des Mitwirkens bei Bedarfen zu Fortbildungen wird als positiv empfunden.

### Träger stadtweit:

#### a) Forum für Willkommenskultur:

Träger des Forums sind die Kölner Freiwilligen Agentur sowie der Kölner Flüchtlingsrat e.V.. Durch Beschluss des Rates wurden beide Träger in 2015 mit einer 0,5 Stelle ausgestattet. Diese Förderung wurde in 2018 durch Beschluss des Rates verlängert bis Ende 2021 (Session 3153/2018). Das Forum fördert als Anlaufstelle für Freiwillige und weitere Akteure in der Flüchtlingsarbeit die Vernetzungsarbeit, den Austausch von haupt- und ehrenamtlich Tätigen und bietet Qualifizierungs- und Informationsangebote für Engagierte und Interessierte (z.B. in Form von Barcamps). In den letzten 12 Monaten konnten durch den Einsatz der zusätzlichen 0,5 Koordinationsstelle neue Kooperationen insb. mit Migrantenorganisationen, wie z.B. samo.fa, aufgebaut und vermehrt Fortbildungswünsche aus dem Kreis der Ehrenamtlichen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Vernetzungstreffen finden mittlerweile nicht nur in der Innenstadt sondern auch in den übrigen Bezirken statt.

Im Zusammenwirken mit den anderen Koordinationsstellen konnte das Forum maßgeblich daran mitwirken, verschiedene Engagementbörsen auszurichten. Auf der Veranstaltung am 03.07.2019 wurde an dem Tisch „übergeordnete Themen“ die Arbeit des Forums ausnahmslos als sehr professionell, „am Puls der Zeit“ und gewinnbringend empfunden.

#### b) AK Muslimische Flüchtlingsarbeit:

Der AK Muslimische Flüchtlingsarbeit besteht aus mehr als 20 unterschiedlichen Muslimischen Vereinen, Initiativen, Gemeinden etc., die vielfach jeweils örtlich, aber in ihrer Gesamtheit stadtweit aktiv sind. Diese Kräfte konnten durch die Finanzierung einer 0,5 Stelle wirkungsvoll unterstützt und verstärkt an die bestehenden (örtlichen) Strukturen angebunden werden. Die besondere Herausforderung ist der stadtweite Einsatz in der Koordinierung, um auf der einen Seite das Ehrenamt bei den Muslimischen Akteuren gut einsetzen zu können und auf der anderen Seite die Partizipation von muslimischen Initiativen in den Bezirken, z.B. durch vermehrte Teilnahmen an Runden Tischen wie in Porz zu fördern. Dies stärkt u.a. auch die Gesamtheit der Willkommensinitiativen, weil sie die sprachlichen Ressourcen, den interkulturellen Zugang und wertvolles Hintergrundwissen nutzen können.

Der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Migrantenselbstorganisationen sowie die deutliche Stärkung der Vernetzungsarbeit sowohl innerhalb der Muslimischen Vereine und Gemeinden als auch der muslimischen Initiativen mit den Bezirken ist eine Errungenschaft der neuen Strukturen. Kenntnisse über weitere überörtliche Bedarfe wie z.B. besondere Qualifizierungsthemen in den Vernetzungstreffen können aus dem verstärkten Zusammenwirken gewonnen werden. So werden die Fortbildungserfordernisse immer vielfältiger (z.B. Umgang mit Rassismus, Änderungen im Bleiberecht, Versicherungsschutz, Unterstützung bei beruflicher

Integration) und die entsprechenden Qualifizierungen für die erfolgreiche Arbeit der Ehrenamtler immer wichtiger.

#### **5.2.3.4 Konsequenz**

Die sich seit 2017 rückläufig entwickelnden Tendenzen bei der Anzahl der in den städtischen Einrichtungen unterzubringenden Geflüchteten wirft auch bei den Trägerstellen die Frage auf, ob in Zukunft weiterhin eine halbe Stelle in jedem Bezirk sowie 2 halbe Stellen für den stadtweiten Koordinierungsbedarf zur Stärkung des Ehrenamtes notwendig sind.

Die bereits unter 5.2.2.4 festgehaltenen allgemeinen sowie ganz konkreten Wünsche (=offene Bedarfe) aus den verschiedenen Bezirken beziehen sich auch auf die Trägerkoordinationsstellen. Die unterschiedliche Anbindung der Stellen spielt für die Arbeit des Ehrenamts eine untergeordnete Rolle. In der Praxis zieht man an einem Strang, stimmt sich miteinander ab und findet bezirksorientierte Lösungen für anstehende Herausforderungen im Bezirk. Die reklamierten offenen Bedarfe, s. unter 5.2.2.4, tangieren die 11 Koordinatorinnen bei den Trägern in den Bezirken und die 9 Koordinatorinnen in den Bürgerämtern nahezu gleichermaßen.

Die Finanzierung der Trägerstellen beinhaltet auch Sachkosten für die Arbeit mit den Ehrenamtlichen im Stadtbezirk. Es ist erforderlich, dass diese zukünftig im Benehmen mit den Mitarbeitenden der Bürgerämter eingesetzt und durch einen zahlenmäßigen Nachweis im Verwendungsnachweis belegt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die 11 halben Stellen bei den freien Trägern, den Mitgliedern der KABE, dem Forum für Willkommenskultur sowie dem AK muslimische Flüchtlingsarbeit die Festigung des Bewährten, die bedarfsgerechte Anpassung bestehender Angebote und die Konzeption und Umsetzung neuer bezirksorientierter Projekte und Angebote in den Themenfeldern Fortbildung, Vernetzung, Beratung und Information ermöglichen. Es wird empfohlen, sie vollumfänglich weiterhin beizubehalten, um die derzeit wachsenden und sich stetig weiter etablierenden Strukturen nicht zu gefährden und das Ehrenamt weiter zu stärken.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass der Auftrag an das Forum für Willkommenskultur aus dem Basisbeschluss des Rates von 2015 und 2018 (Verlängerung) und aus den Mindeststandards das identische Aufgabenspektrum betrifft. Mit den Mindeststandards sollte ausdrücklich der städtische Auftrag an das Forum quantitativ ausgeweitet werden. Die künftig im Rahmen der Mindeststandards turnusmäßige Überprüfung der 1,0 und 0,5 Stellen und damit einhergehend die Zusammenführung der Förderung werden empfohlen.

## 5.2.4 Unterstützung durch Wiku-Plattform

Das Netzwerk „Willkommenskultur Köln“ mit der unabhängigen Wiku-Internetplattform [www.wiku-koeln.de](http://www.wiku-koeln.de) ist ein Zusammenschluss von in der Flüchtlingsarbeit aktiven Vereinen und Willkommensinitiativen. Zielgruppe der Plattform sind neben den aktiven Ehrenamtlichen auch Kölner Bürger, die sich für Geflüchtete engagieren möchten und den Kontakt zu entsprechenden Initiativen und Vereinen suchen. Das Portal wird zudem von zahlreichen Hauptamtlichen (in Vereinen, den kirchlichen und freien Trägern, städtischen Einrichtungen und Ansprechstrukturen in der Geflüchtetenarbeit sowie Bildungsanbietern) zunehmend genutzt. (Quelle: Sachbericht wiku-koeln.de 2018.pdf)

### 5.2.4.1. Beschreibung der Maßnahme

Durch den Beschluss Mindeststandards wird die Wiku-Plattform zur Stärkung und Angebotserweiterung des Informationsportals Wiku jährlich mit finanziellen Mitteln in Höhe von rund 11.300 € gefördert.

### 5.2.4.2. Entwicklung

Im Rahmen eines eingerichteten Minijobs wurden und werden zur kontinuierlichen redaktionellen Bearbeitung und Pflege des Portals verschiedenste Leistungen erbracht:

- Aktualisierung der Übersicht einschließlich Kontaktdaten der Willkommensinitiativen, der zentralen Anlaufstellen für Ehrenamtliche in der Geflüchtetenarbeit
- Einbindung der neuen bezirklichen Strukturen (Stellen Ehrenamtskoordinatoren bei Trägern und in den Bürgerämtern).
- Darstellung der fortlaufenden Aktivitäten der erfassten Initiativen und Anlaufstellen
- Vorstellung des Wiku-Portals u.a. im Rahmen von Vernetzungstreffen z.B. „Stärkung der ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit“ (20.06.18), Runder Tisch Porz (05.09.18).
- Fortlaufende Pflege des Veranstaltungskalenders mit zielgruppenspezifischen Fortbildungs-, Informations- und Vernetzungsangeboten (in 2018 ca. 260 händische Eintragungen).
- Prüfung/Freischaltung/Löschung von Anzeigen im dargebotenen Anzeigenmarkt
- Recherche zu und Einstellung von zielgruppenspezifischen Broschüren, Ratgebern und Informationsmaterialien

Einhergehend mit der abnehmenden Tendenz bei der Anzahl der in den städtischen Unterkünften untergebrachten Geflüchteten stellen sich in 2018 auch die Zugriffszahlen auf das Wiku-Portal rückläufig dar. (2015: 318.000 Seitenaufrufe, 2016: 187.000, 2018: 58.000).

Seit Beschluss der Mindeststandards bis heute wurde die Internetplattform kontinuierlich weiterentwickelt und durch Mitarbeiter der Agentur pietzpluswild GmbH technisch betreut. Neben dem Einspielen von Sicherheitsupdates für die aktuelle Wordpress-Version, der Betreuung des Hosting-Pakets und der Schließung einer

durch den Hosting-Anbieter verursachten Sicherheitslücke wurde die Wiki-Seite in 2018 entsprechend der neuen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) aktualisiert. Einen Schwerpunkt der Arbeiten zur Weiterentwicklung der Wiki-Plattform stellten in 2018 die vorbereitenden Arbeiten zur Ablösung von Wordpress und der Einführung von TYPO3 als Enterprise Content Management-System dar.

#### **5.2.4.3. Wirkung der Maßnahme**

Im Rahmen der Veranstaltung vom 03.07.2019 wurde sich an dem Tisch zu übergeordneten Themen, u.a. auch über die Wiki-Plattform, ausgetauscht. Die für die Plattform Verantwortlichen stellten zu Beginn die wesentlichen Punkte des digitalen Angebotes heraus:

Nach wie vor wird die Wiki-Plattform rege genutzt. Zu den meistbesuchten Seiten zählen in 2018 die Flüchtlingsberatungsstellen, die mitwirkenden Initiativen unter „Nachbarschaft“, der Terminkalender und der Anzeigenmarkt.

Ziel der beschriebenen technischen Umstellung ist die Steigerung der User Experience und Usability der Wiki-Seite und ihrer funktionalen und nicht funktionalen Anforderungen auf der einen und die Verbesserung der Möglichkeiten zur technischen Wartung und Weiterentwicklung auf der anderen Seite.

Die verbindliche finanzielle Unterstützung der Wiki-Plattform seit den beschlossenen Mindeststandards sichern einerseits die aufwändige Pflege der dargestellten integrierten Bausteine der Plattform und ermöglichen andererseits die o.a. wichtige technische Weiterentwicklung, um die Seiten für Nutzer attraktiver und bedienerfreundlicher zu machen. So wurden z.B. der Terminkalender als auch der Anzeigenmarkt konzeptionell und technisch neu entwickelt und u.a. die Darstellung der Inhalte im Bereich „Fundus“ verbessert. Initiativen haben nun auch die Möglichkeit, ihre hinterlegten Daten, z.B. Termine, selbst zu pflegen.

#### **5.2.4.4. Konsequenz**

Die beschriebenen technischen Neuerungen zur Steigerung der Bedienerfreundlichkeit waren dringend erforderlich und wirken vereinzelt geäußerten Kritikpunkten, wie z.B. „Seite zu textlastig und wenig einladend“, „eigene Beiträge erst nach aufwendigem Genehmigungsverfahren mit eingeschränkter Gestaltungsfreiheit“, „zu wenig zielführende Verlinkungen zu weiterreichenden Angeboten“ entgegen. Nicht allen Initiativen ist die Wiki-Plattform überhaupt bekannt, so dass eine Bewerbung des digitalen Angebots in Erwägung gezogen werden muss. Wünsche gab es auf der Veranstaltung am 03.07.2019 ebenfalls. So wurden bspw. die Implementierung eines Ehrenamt-Wikipedia und eine Übersicht über Raumressourcen für Ehrenamtsbelange angesprochen.

Fazit: Die jährliche Fördersumme aus den Mindeststandards von insgesamt 11.300 € ist nicht nur sehr gut angelegt; sie wurde im Berichtszeitraum vollständig ausgeschöpft und wird auch in 2020 ff erforderlich sein, um die Plattform einerseits in der neuen Qualität weiter anbieten und andererseits in Bezug auf künftige technische

Erfordernisse stetig anpassen zu können. Die Prüfung und ggf. Umsetzung von Wünschen aus dem Ehrenamt wird dabei vorausgesetzt.

## **5.2.5. Administrative Unterstützung der Willkommensinitiativen**

### **5.2.5.1. Beschreibung der Maßnahme**

Durch den Beschluss Mindeststandards wird zur administrativen Unterstützung der Willkommensinitiativen ein jährlicher Sachkostenzuschuss von insgesamt 57.100 € ausgeschüttet. Die Mittel stehen für die Beschäftigung eines internen Administrations-/ einer Koordinationskraft auf der Basis eines sog. Minijobs oder „Einkauf“ der Leistungen bei Dritten im Umfang von bis zu 10 Wochenstunden pro Initiative zum Abruf durch und für die Initiativen bereit.

### **5.2.5.2. Entwicklung**

Nach Verabschiedung der Mindeststandards im Sommer 2017 wurde die Verantwortlichkeit für die Umsetzung der Maßnahme beim Kommunalen Integrationszentrum angebunden. Ein in der Anwendung für die Initiativen sowie auch für die verwaltungstechnische Bearbeitung möglichst niedrigschwelliges Verfahren wurde entwickelt und konnte ab 2018 eingesetzt werden. Für das Jahr 2018 haben insgesamt 13 Initiativen die Unterstützung in Anspruch genommen. 5 davon sind stadtweit aktiv, 8 Initiativen sind in den Stadtbezirken Innenstadt, Lindenthal, Ehrenfeld, Nippes und Mülheim bezirksbezogen im Einsatz. Die in 2017 beschlossene finanzielle Unterstützung war nicht auskömmlich, um die deklarierten Bedarfe der genannten Initiativen zu decken. Eine Aufstockung der Mittel auf 88.000 € erfolgte über den Veränderungsnachweis zum städtischen Haushalt in 2018 und für 2019. Für 2020 werden 90.000 € als Haushaltsansatz vorgesehen.

### **5.2.5.3. Wirkung der Maßnahme**

Zu den Erfahrungen mit der administrativen Unterstützung der Willkommensinitiativen wurde sich im Rahmen der Veranstaltung vom 03.07.2019 sowohl an den Bezirkstischen als auch an dem Tisch für übergeordnete Themen ausgetauscht.

Die Möglichkeit der Beantragung der Zuschüsse für die administrative Unterstützung ist zwar überwiegend bekannt, wird bisher aber nicht von allen Initiativen genutzt. Willkommensinitiativen aus den Bezirken Rodenkirchen, Chorweiler, Kalk und Porz haben bislang noch keine Mittel in Anspruch genommen.

Von einigen stadtweit tätigen Initiativen und den Willkommensinitiativen aus den Bezirken Innenstadt, Lindenthal, Ehrenfeld, Nippes und Mülheim, die von der administrativen Unterstützung partizipieren, heißt es fast einhellig:



- „Die Möglichkeit der Beantragung der Mittel wird als Bereicherung gesehen, da nun die administrativen Aufgaben (Protokolle etc.) durch diese Kraft übernommen werden kann.“
- Die Antragsstellung und auch das Erstellen und Abgeben der Verwendungsnachweise werden als „leicht“ eingestuft.

Es gibt aber auch Initiativen, die keine Hilfen beantragt haben, weil sie z.B.

- die Aufgaben lieber in Eigenregie („nebenbei und selbst“) regeln,
- Unterstützung einer Kirchengemeinde haben oder
- eine Honorarkraft aus Spendenmitteln zahlen.

Konkrete Anregungen gab es ebenfalls, so lautete es aus dem Bezirk Nippes: „Die finanzielle Unterstützung von 10 Stunden/Woche ist grundsätzlich von Vorteil, besonders, wenn die Initiative groß und der organisatorische Aufwand entsprechend hoch ist. Die Unterstützung bedeutet zum Teil jedoch auch eine finanzielle Last, weil die Wikos bzw. Träger die Kosten der administrativen Abwicklung selber tragen müssen.“

#### **5.2.5.4. Konsequenz**

Vor dem Hintergrund zurückgehender Ehrenamtszahlen stellt sich grundsätzlich die Frage, in welcher Höhe und in welchem Umfang die Mittel für eine administrative Unterstützung einer Wiko weiter gewährt werden sollen.

Zudem haben die Erfahrungen gezeigt, dass die Initiativen sehr heterogen aufgestellt sind, unterschiedliche Aufgabenstellungen, Organisationsgrade und Wirkungskreise haben. Daher ist es notwendig, den Begriff der Wiko, die durch den Ratsbeschluss unterstützt werden soll, näher zu definieren.

Folgende Kriterien sollten für Wikos im Sinne des Ratsbeschlusses gelten:

- Eine Wiko im klassischen Sinne ist dadurch gekennzeichnet, dass sie in ihrem Wirken, zumeist lokal, hauptsächlich für Geflüchtete und mit Geflüchteten arbeitet, ohne diesen Kreis, z.B. Fokussierung auf einzelne Ethnien oder Herkunftsländer, weiter einzugrenzen.
- Administrativer Unterstützungsbedarf dürfte erst dann gegeben sein, wenn die Initiative mindestens aus einer Anzahl von 15 aktiven Mitgliedern besteht.
- Es handelt sich um rein ehrenamtlich betriebene Willkommensinitiativen ohne hauptamtlich finanzierte Mitarbeitende.
- Wikos sind i.d.R. bereits vernetzt mit den Koordinationsmitarbeitenden in den Bürgerämtern bzw. bei den Trägern.
- Regelmäßige Angebote werden durchgeführt.

Der durch den Beschluss Mindeststandards bewilligte Sachkostenzuschuss von insgesamt 57.100 €/Jahr war für das vergangene Jahr 2018 nicht auskömmlich und wird voraussichtlich auch nicht für die Jahre 2019 ff ausreichend sein. Eine Anhebung der Haushaltsansätze bis einschließlich Haushaltsjahr 2020 ist vorgesehen. Es ist damit zu rechnen, dass weitere Initiativen die finanzielle

Unterstützung für die Einrichtung bzw. Kompensation eines sog. Minijobs oder für den Einkauf der Leistungen bei Dritten zur Abwicklung administrativer Tätigkeiten in Anspruch nehmen werden. Die Verwaltung empfiehlt, an dem Ansatz, den Umfang der finanziellen Unterstützung auf 10 Wochenstunden pro Willkommensinitiative zu begrenzen, festzuhalten. Nach einem weiteren Erfahrungszeitraum von 1-2 Jahren wird sich abzeichnen, wie sich die Schwankungen bei den Unterkünften und Wikos (Schließungen und Neugründungen) auf die Nachfrage nach finanzieller Unterstützung für administrative Zwecke auswirken.

## 6. Fazit und Ausblick

Wie eingangs erwähnt, entwickelt sich die Zahl der in Köln unterzubringenden geflüchteten Menschen seit Anfang 2017 bis einschließlich erstem Halbjahr 2019 rückläufig mit aktuell leicht stagnierender Tendenz. Aufgrund der politischen Instabilität in vielen Krisen- und Kriegsgebieten besteht jedoch immer wieder die Möglichkeit, dass die Anzahl Geflüchteter in kurzer Zeit wieder gravierend ansteigen kann. Mit der Verabschiedung der Mindeststandards wurden verbindliche Standards festgelegt, die zu einer dauerhaften Verbesserung bei der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten führen und es ermöglichen, auf eventuell erneut ansteigende Zahlen zeitnah mit geeigneten Maßnahmen reagieren zu können. Durch die rückläufige Entwicklung der Anzahl unterzubringender Menschen, die vereinbarten Mindeststandards und die insgesamt verbesserte Unterbringungssituation (weg von großen Gemeinschaftsunterkünften, hin zu abgeschlossenen Unterkunftseinheiten mit mehr Privatsphäre) werden die Phasen des Ankommens und der Unterbringung der Geflüchteten durch das gemeinschaftliche Agieren von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren gut gemeistert.

Viele der nach Köln geflüchteten Menschen befinden sich trotz verbesserter Unterbringungssituation oder Wohnen in eigenem Wohnraum immer noch in persönlichen und sozialen Problemlagen. Vermehrten Unterstützungsbedarf gibt es inzwischen bei der Integration der Menschen, ihrer „Überführung“ in die Regelsysteme. Fehlende Kultur- und Sprachkenntnisse stellen Geflüchtete oftmals vor allein nicht lösbare Herausforderungen, z.B. bei Fragestellungen im Zusammenhang mit Wohnen oder dem hiesigen Gesundheits- und Bildungssystem. *„Mit dem Umzug in eine eigene Wohnung ist in den meisten Fällen der Integrationsprozess keineswegs abgeschlossen. Der Bedarf dieser Menschen an Unterstützung ändert sich, aber er ist nach wie vor vorhanden. Dazu kommt, dass dieser Bedarf schwerer zu erfüllen ist, weil die Aufgaben komplexer sind und die Geflüchteten außerhalb der städtischen Unterkünfte schwerer zu erreichen sind.“* (Zitat vom AK Politik der Willkommensinitiativen)

Das Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Stützpfeiler, ohne den sich die Integration der geflüchteten Menschen deutlich schwieriger gestalten würde. Der Begriff „ehrenamtliches Engagement“ ist dabei von einem sehr deutschen Verständnis von „unbezahltem Helfen mit Ehre“ versus entlohnter Arbeit geprägt. In anderen Ländern

hilft man informeller. Geflüchteten ist der Begriff nicht unbedingt geläufig. Der Einsatz der Ehrenamtskoordinatorinnen ist geprägt durch Kommunikation und viel Einfühlungsvermögen, dazu ein Zitat des Bürgeramtsleiters Nippes, Ralf Mayer: *„Wenn es Ziel ist, Menschen mit Fluchterfahrung in die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit zu integrieren, dann ist es wichtig, sie interkulturell zu stärken und ihnen die hiesige Kultur des Helfens und der Vereinsstrukturen nahe zu bringen. Menschen mit Fluchterfahrung können nur dann mit langjährig tätigen Ehrenamtlichen zusammenarbeiten, wenn ein emanzipiertes Verhältnis auf Augenhöhe besteht. Ungleiche Machtstrukturen aufgrund von Sprache und fehlender Ressourcen erschweren Geflüchteten jedoch noch den Zugang zu ehrenamtlichem Engagement. Auch können Geflüchtete oftmals aus Unkenntnis den Einsatz der Engagierten nicht richtig einschätzen: Sie sehen ihre Arbeit als Selbstverständlichkeit und sind deshalb selber wenig aktiv. Es hat sich gezeigt, dass die Ursache hierfür oft interkulturelle Verständnisprobleme sind. Die Koordinatorinnen bestärken die Engagierten zum Austausch mit den Geflüchteten bei Unzufriedenheit, da sich vieles im Gespräch als Missverständnisse klärt.“*

Es ist festzustellen, dass sich Bedarfe, Strukturen und Angebote fortlaufend verändern. Die folgenden Beobachtungen dazu aus einem Bezirk sind auch auf die anderen Stadtbezirke übertragbar:

*„Perspektivisch ändert sich die Hilfsstruktur: Gruppenangebote (wie Sprachkurse, gemeinsames Gärtnern, etc.), werden nicht mehr in ursprünglichem Maße wahrgenommen (bei der Sprachvermittlung geht es heute verstärkt um die intensive Unterstützung vor Prüfungen und während der Ausbildung). Die Gründe werden in der Veränderung der Bedürfnisse der Menschen vermutet. Gefragt sind punktuelle, individuelle Beratungen, die sich an den persönlichen Bedarfen orientieren. Für einige Angebote können Cafés das richtige Format sein, da man diese je nach Bedarf besuchen und in diesem Rahmen Angelegenheiten individuell besprechen kann. Dabei ist die Möglichkeit entscheidend, aus Gründen des Datenschutzes, einen geschützten Raum aufsuchen zu können.“*

Eine Flexibilität im Ehrenamt und die verlässliche Unterstützung des Ehrenamtes, insb. durch die Ehrenamtskoordinatorinnen, sind für die Anpassung von Strukturen und Angebote auf aktuelle Bedarfe der Geflüchteten von großer Bedeutung. Dies gilt auch bei der Schließung von Unterkünften oder Inbetriebnahme von neuen Wohneinheiten. Ehrenamt und Koordinationskräfte sind dann besonders gefordert. Neue Perspektiven und Einsatzfelder für freiwillige Helfer, „deren“ Unterkünfte geschlossen wurden, müssen geschaffen, Unterstützung bei der Neugründung von Initiativen anderer Orts angeboten werden. Ebenfalls kann von den Koordinatorinnen für eine Übergangszeit Unterstützung angeboten werden, wenn hauptamtliche Ehrenamtskoordinationsstellen auslaufen, wie bspw. die Frage aus dem Bezirk Rodenkirchen verdeutlicht:

*„Wie kann die hohe Qualität der bisherigen Ehrenamtsarbeit gehalten und weitergeführt werden, wenn in den neuen Unterkünften keine zusätzliche „Personalstelle Ehrenamt“ mehr existiert und darüber hinaus im Jahr 2020 die*

*trägerinterne hauptamtliche Ehrenamtskoordination ausläuft (Diakonie Michaelshoven)?“*

Der AK Politik für Willkommensinitiativen bezieht zur Einrichtung der Koordinationsstellen in den Bürgerämtern und bei den Trägern die folgende Position: *„Die Schaffung dieser Stellen hat den ehrenamtlich in der Arbeit mit Geflüchteten Tätigen bereits jetzt eine deutliche Unterstützung gebracht. Es bestehen derzeit in Köln gut 40 Initiativen, die aber einer beständigen Umformung unterworfen sind. Ganz einfach, aber in der Praxis mit erheblichen Auswirkungen: Eine Unterkunft wird geschlossen, in einem anderen Stadtteil eine neue aufgemacht. Manche Freiwillige können mitgehen, andere nicht. Auch diejenigen, die mitgehen sind damit noch nicht eine Initiative am neuen Ort. Alle Initiativen haben Anschaffungen für ihre Arbeit getätigt. Was kann wo weiter gebraucht werden? Da ist es sehr hilfreich, dass es in jedem Stadtbezirk jemand gibt, die die unterschiedlichen Initiativen zusammen bringt und aktiv für ehrenamtliches Engagement am neuen Standort wirbt.*

*Von diesen Stellen aus werden Informationen aus der Verwaltung oder von den freien Trägern an alle Akteure im Stadtbezirk weitergeleitet, bis hin zur Durchführung von Informationsveranstaltungen, die die einzelnen Initiativen nicht zustande brächten. Das gilt sowohl für Veranstaltungen für Geflüchtete als auch für das Ehrenamt. Und auch wir müssen immer weiter lernen und können diese Hilfe gut brauchen. 2015 haben wir die Kinder zum ersten Mal in die Schule gebracht. Heute schlagen wir uns mit dem Aufenthaltsrecht herum, suchen Wohnungen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Viele Geflüchtete sind seit 4 Jahren hier und können das, bei dem wir 2015 helfen mussten, heute allein. Dafür ist ein anderer Bedarf da, der schwerer zu erfüllen ist.*

*Die Koordinatorinnen transportieren Informationen oder Anfragen an die richtigen Stellen, die die Freiwilligen nicht immer kennen. Mit einem Wort: Das Zusammenspiel von Verwaltung und Ehrenamt läuft deutlich reibungsloser und damit effektiver. Aus den Initiativen heraus konnte 2017 einmalig mit erheblichem Aufwand eine Übersicht über kostenlose Sprachvermittlungsangebote im Stadtgebiet erstellt werden, die ist natürlich veraltet. Die neue Struktur ermöglicht es nun, in den Bezirken eine solche Auflistung auf dem Laufenden zu halten und sie dann auf Stadtebene zusammen zu führen.*

*Einmal im Quartal trifft sich der Arbeitskreis Standortübergreifende Unterstützung im Kommunalen Integrationszentrum zum Austausch. Auch das ist eine wertvolle Unterstützung.*

*Wir plädieren deshalb dringend dafür, diese Stellen dauerhaft einzurichten.“*

Die im Juni 2018 und Juli 2019 durchgeführten Fachveranstaltungen zu den Mindeststandards haben sowohl ähnliche als auch unterschiedliche Entwicklungen bei den Hilfsstrukturen und –Angeboten in den einzelnen Stadtbezirken aufgezeigt. Durch das gelungene Zusammenwirken von Koordinatorinnen und beteiligten Akteuren werden Parallelstrukturen vermieden oder zumindest aufgedeckt und abgebaut, so z.B. die Einladung durch zwei verschiedene Akteure zu Runden Tischen zum gleichen Thema in einem Stadtbezirk. Synergieeffekte entstehen durch

die Bündelung von Ressourcen und das Eingehen von Kooperationen, z.B. durch die neuen stadtweiten (Fortbildungs-)Angebote des Forums für Willkommenskultur.

Die Wirkung der Mindeststandard-Maßnahmen muss auch in der Zukunft regelmäßig analysiert werden, um auf erforderliche Anpassungen des Systems rechtzeitig reagieren zu können. Dabei sollte künftig die Anerkennung und Wertschätzung der ehrenamtlich Aktiven in der Geflüchtetenarbeit mehr Raum einnehmen. Denkbar sind z. B. Ehrungen der Ehrenamtler durch Ausstellung einer Urkunde oder die Einladung aller ehrenamtlich in der Arbeit mit Geflüchteten tätigen Bürger über alle Initiativen hinweg einmal jährlich zu einem (Grill-)Fest o.ä. als Zeichen der Anerkennung und als Möglichkeit, sich weiter untereinander zu vernetzen. Auch hier könnten die Koordinatorinnen wirkungsvoll unterstützen.

### **Schlussbemerkung:**

Das in einem breit angelegten Arbeits- und Abstimmungsprozess entwickelte Mindeststandard-Maßnahmenpaket erwirkt definitiv

a) eine Verbesserung der Unterbringungs- und Betreuungssituation durch den flexibler handhabbaren Personaleinsatz (unterschiedliche Betreuungsschlüssel) sowie

b) eine Stärkung und wirkungsvolle Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit durch das in Kapitel 5.2 ausführlich dargestellte Maßnahmenbündel.

Die über Jahre hinweg gewachsenen und durch die Mindeststandards neu geschaffenen Strukturen greifen gut ineinander.

Ein Teilnehmer der Veranstaltung formuliert es treffend:

*„Beim Blick nach vorne ist es wichtig, weiter im Gespräch zu bleiben. Die Unterstützung durch die Stadt muss bleiben - wir sind auf einem guten Weg!“*

### Redaktionelle Anmerkung:

Die Ergebnisse in dem vorliegenden Bericht fußen insbesondere auf Erkenntnisgewinnen aus den Fachtagungen in 2018 und 2019, intensiven Beobachtungen, vielen Gesprächsrunden mit unterschiedlichen Akteuren, Befragungsergebnissen sowie Rückmeldungen aus dem AK Politik für Willkommensinitiativen und verwaltungsinternen Dienststellen.